

# Die Wirtschaft Nordkoreas 1998/99

Manfred Pohl

## 1 Übersicht und Besonderheiten

Im Juli 1998 fanden Wahlen für die Delegierten des 10. Obersten Volkskongresses statt, Kim Jong-il kandidierte im Wahlkreis 666. Die Wahlen fanden erst drei Jahre nach dem Ablauf der Amtszeit des 9. Obersten Volkskongresses 1995 statt. Insgesamt wurden 687 Delegierte gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 99,85%, und alle Kandidaten wurden mit je 100% gewählt, wie der nordkoreanische Rundfunk meldete (*Vantage Point/VP*, 8/1998: 52). Südkoreanische Beobachter werteten es als auffällig, daß sieben frühere Delegierte, die mit Fragen der Südkoreapolitik befaßt waren, nicht wieder aufgestellt wurden (*Korea Herald/KH*, 29.7.98). Rund ein Drittel der Delegierten des 9. Obersten Volkskongresses wurde ersetzt, darunter der frühere Regierungschef Kang Song-san und die Witwe Kim Il-sungs, Kim Song-ae (*VP*, 12/98: 10).

Der neu gewählte Oberste Volkskongreß trat am 5. September zusammen; überraschenderweise wählten die Delegierten Kim Jong-il nicht zum neuen Staatspräsidenten – fast alle anderen hochrangigen Staats- und Parteiposten besetzt er schon –, sondern erklärten den verstorbenen Kim Il-sung zum alleinigen Präsidenten. Die uneingeschränkte Machtposition Kim Jong-ils stützt sich jetzt also auf seine Funktion als Generalsekretär der Koreanischen Arbeiterpartei und die Tatsache, daß er Oberbefehlshaber der Volksarmee ist. Das politische System Nordkoreas entwickelt sich immer mehr zu einer Militärdiktatur, kontrolliert von Kim Jong-il als Vorsitzendem der mächtigsten Institution des Landes, der Nationalen Verteidigungskommission. Die immer wichtiger werdende Rolle der Volksarmee wurde seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 erkennbar; heute hat die Armee gegenüber der Partei eindeutig die größere Bedeutung. Kim Jong-il war 1991 Oberbefehlshaber geworden; damit sicherte ihm sein Vater die Kontrolle über das wichtigste Machtinstrument (*VP*, 10/98: 1-2). Die geschwächte Rolle der Partei wird auch durch die Tatsache unterstrichen, daß Kim Jong-il in seine Position als Generalsekretär der Arbeiterpartei „kooptiert“ wurde und nicht förmlich durch das Zentralkomitee (ZK) gewählt worden ist; das ZK hat seit dem Tode Kim Il-sungs 1994 nicht wieder getagt (*VP*, 11/98: 15).

Die Oberste Volksversammlung billigte eine Reihe von Verfassungsänderungen, darunter vor allem Artikel 33, in dem jetzt jedem nordkoreanischen Unternehmen eine eigene, gesonderte Pflicht zur Rechnungslegung vorgeschrieben wird. Beobachter in Südkorea sehen darin u.a. einen Versuch, in die Wirtschaftspolitik allmählich „chinesische Prinzipien“ (d.h. „sozialistische Marktwirtschaft“) einzuführen (*KH*, 14.9.98).

Die wichtigste Änderung in der nordkoreanischen Verfassung war jedoch die Abschaffung des Amtes eines Staatspräsidenten; Kim Il-sung soll für immer der alleinige, „ewige Präsident“ bleiben. Diese „Verewigung“ der Präsidentschaft des älteren Kim bedeutet einen weiteren Schritt zur Vergöttlichung Kim Il-sungs, aber Kim Jong-il wollte auf diesem Wege offenbar auch verhindern, daß er sich als Staatspräsident häufig zu offiziellen Anlässen in der Öffentlichkeit zeigen müßte. Gerade Südkoreas Präsident Kim Dae-jung hatte auf eine stärkere öffentliche Präsenz Kim Jong-ils gehofft, um den Dialog voranzubringen (KH, 12.9.98). Die Wahrnehmung protokollarischer Aufgaben und die offizielle Vertretung der Interessen Nordkoreas gegenüber dem Ausland obliegt nunmehr dem Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung (Kim Yong-nam). Höchstes Staatsamt in Nordkorea ist jetzt die Position des Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission (s.o.), die eben Kim Jong-il nach seiner Wahl innehat. Der Verwaltungsrat, de facto das nordkoreanische Kabinet, wurde in eine reguläre Regierung umgewandelt, die jetzt von einem engen Vertrauten Kim Jong-ils, Hong Song-nam, geführt wird (KH, 7.9.98).

Am 18. November 1998 fand ein Ereignis statt, das anfänglich einen Durchbruch in den Beziehungen zwischen den beiden koreanischen Staaten zu signalisieren schien: Die Hyundai Dream Tours brachte eine südkoreanische Reisegruppe von 1.305 Touristen per Schiff in das Kumgang-Gebirge an der nordkoreanischen Ostküste, nahe der Demilitarisierten Zone. Die Reise war vom Hyundai-Gründer Chung Ju-yung mit nordkoreanischen Partnern als Beginn eines festen Programms regelmäßiger Schiffsreisen vereinbart worden (KH, 9.11.98). Die Unternehmensgruppe läßt sich das Tourismusprojekt viel Geld kosten: Pro Tourist zahlt Hyundai 300 US\$, in der ersten Abschlagszahlung erhielt die nordkoreanische Regierung eine Rate von insgesamt 906 Mio. US\$, die über die nächsten fünf Jahre gezahlt werden sollen. Hyundai rechnet mit jährlich 500.000 Touristen, die den Kumgang besuchen (KH, 18.11.98). Die Hyundai-Gruppe bereitet schon die nächste Phase touristischer Reisen in den Norden vor: Geplant sind Gruppenreisen zum Paektu-Berg und nach Pyongyang, wenn die Kumgang-Reisen sich als erfolgreich erweisen (KH, 12.12.98). Im Juli 1999 wurden diese weitreichenden Pläne erst einmal gestoppt: Nachdem nordkoreanische Sicherheitsorgane eine südkoreanische Touristin am Kumgang festgenommen hatten, weil sie angeblich einen Versuch gemacht hatte, eine Touristenführerin zum Überlaufen zu überreden, hat die südkoreanische Regierung die Fahrten zum Kumgang-Gebirge vorerst untersagt. Auch die Gespräche zwischen den beiden koreanischen Staaten über Hilfsmaßnahmen und engere Wirtschaftsbeziehungen in Beijing wurden Ende Juni 1999 ergebnislos abgebrochen.

Ein Schock war der Start eines neuen Raketentyps der Taepodong, der am 31. August japanisches Territorium überquerte; die dritte Stufe der Rakete fiel östlich der japanischen Nordinsel Hokkaido ins Meer. Die japanische Öffentlichkeit reagierte fast panisch, während der Zwischenfall in Südkorea gelassener betrachtet wurde. Unmittelbar nach dem Raketenvorfall setzte die japanische Regierung alle Hilfslieferungen aus und verlangte von Nordkorea die sofortige Einstellung seines Raketenprogramms. Nordkorea seinerseits reagierte auf die scharfen Proteste em-

pört, die Rakete habe angeblich einen Satelliten transportiert, der Abschluß sei also keine ballistische Übung gewesen. Der Konflikt zwischen Japan und Nordkorea eskalierte weiter, Tokyo setzte seine Zusage über 1 Mrd. US\$ für die beiden geplanten Leichtwasserreaktoren aus, Hardliner verlangten, die Guthaben des pronordkoreanischen Verbandes Chongryon (jap. Chôsôren) einzufrieren, der große Summen harter Währung nach Nordkorea transferiert („Pyongyang and Tokyo in a Dire Confrontation“, in: *VP*, 10/98: 16-19). Gegen Mitglieder dieser Organisation gab es nach dem Raketenvorfall eine Reihe von Übergriffen. Südkoreanische Beobachter werteten den Raketenabschuß als Versuch Nordkoreas, ein weiteres Verhandlungspfand in die Hand zu bekommen, um besonders die USA unter Druck zu setzen. Am 14. September akzeptierten die USA die nordkoreanische Version, es habe sich um einen Satellitenstart gehandelt; der Sprecher des US-State Department gab diese Information bekannt (*VP*, 9/98: 27).

Ein solches Faustpfand war offenbar auch eine riesige unterirdische Anlage nahe Yongbyon, von der die amerikanische Regierung annahm, daß es sich um eine Nuklearanlage handele. Eine Inspektion wollte die nordkoreanische Regierung nur gegen Zahlung von 300 Mio. US-Dollar zulassen; die US-Regierung lehnte ab (*VP*, 12/98: 44). Daraufhin änderte die nordkoreanische Seite ihre Forderung und verlangte nun die Lieferung von 1 Mio. t Getreide, auch dieses Ansinnen lehnten die USA „im Prinzip“ ab, sagten aber die Prüfung von Möglichkeiten zur Lieferung von Nahrungsmitteln aus humanitären Gründen zu (Yonhap, engl., 17.1.99, in: *SWB*: 18.1.99). Schließlich willigte die nordkoreanische Regierung in einen „Besuch“ amerikanischer Spezialisten ein, der keineswegs eine „Inspektion“ sei (*KCNA*, 5.4.99). Im März gab die US-Regierung bekannt, daß 200.000 t Nahrungsmittel an Nordkorea geliefert werden, nachdem man sich auf eine Besichtigung der unterirdischen Anlagen verständigt hatte. 100.000 t Mais und Sojabohnen werden dem WFP zur Verfügung gestellt, private amerikanische Hilfsgruppen werden die anderen 100.000 t bereitstellen (*VP*, 4/99: 54).

Nach Informationen des südkoreanischen Geheimdienstes NSP (Agency for National Security Planning, heute: National Intelligence Service) sind 1998 zahlreiche Wirtschaftsfunktionäre in Nordkorea innerparteilichen Säuberungen zum Opfer gefallen, darunter viele, die für ökonomische Kontakte mit dem Ausland und Südkorea zuständig waren. Zu nennen ist vor allem Kim Jong-u, vormalis Leiter des Komitees zur Förderung der Außenwirtschaft, der seit März 1998 nicht mehr öffentlich aufgetreten ist (*KH*, 7.11.98).

Die Unberechenbarkeit Nordkoreas hatte auch negative Auswirkungen auf die zivile Nutzung des nordkoreanischen Luftraums: Weit weniger Flüge durch die nordkoreanische Flight Information Region (FIR) fanden statt, als erwartet worden war. Nordkorea hatte im April seinen Luftraum für Flüge zwischen Südkorea und den USA geöffnet, auch für südkoreanische Maschinen, aber nur 725 Flüge wurden registriert. Durch diese Streckenführung könnten Luftfahrtgesellschaften erheblich an Treibstoff sparen, deshalb hatte die südkoreanische Regierung damit gerechnet, daß monatlich 200 Flüge durch die FIR Nordkoreas stattfinden würden. Aber nicht

nur Nordkoreas Unberechenbarkeit war der Grund, auch die äußerst hohen Benutzungskosten für die russische FIR, die genutzt werden muß, wenn die Route über Nordkorea verläuft, schreckten viele Fluggesellschaften ab. Kein nordkoreanisches Flugzeug hat die südkoreanische FIR via Taegu im selben Zeitraum in Richtung Japan genutzt (KH, 26.10.98).

## 2 Außenwirtschaft

Nach Schätzungen der südkoreanischen KOTRA (Korea Trade-Investment Promotion Agency) ist der gesamte nordkoreanische Außenhandel 1998 um 30% gegenüber 1997 auf insgesamt 1,5 Mrd. US\$ geschrumpft (1997: 2,18 Mrd. US\$). Nach diesen Schätzungen, die auf Hochrechnungen aus dem ersten Halbjahr 1998 basieren, sind die Ausfuhren Nordkoreas um 42,5% auf 520 Mio. US\$ gesunken (1997: 904 Mio. US\$); die Einfuhren fielen demnach um 23% von 1,27 Mrd. US\$ auf 980 Mio. US\$ (KH, 21.10.98). Besonders der Handel mit Südkorea ging drastisch zurück: Nach Berechnungen des südkoreanischen Wiedervereinigungsministeriums brach in der ersten Jahreshälfte 1998 das Volumen des bilateralen Handels um 46,5% ein und erreichte nur 77 Mio. US\$. Die südkoreanischen Exporte schrumpften um 5,3% auf 45,81 Mio. US\$, die Importe aus Nordkorea sackten sogar um 67% auf 31,99 Mio. US\$ ab. Das Ministerium für Wiedervereinigungsfragen führte diese Einbrüche auf die Krise in Südkorea und die Schwäche des Won gegenüber dem US-Dollar zurück (KH, 3.8.98). Nordkorea versuchte 1998, besonders die Kooperation mit Koreanern im Ausland zu intensivieren. Unter dem Ministerium für Außenhandel wurde ein Büro gegründet, das die Zusammenarbeit mit „ausländischen Landsleuten“ koordinieren soll. An erster Stelle ist an eine vertiefte Zusammenarbeit mit koreanischen Geschäftsleuten in Japan gedacht, wie die pronordkoreanische Organisation Chongryon in Tokyo mitteilte (VP, 12/98: 25).

In den ersten acht Monaten bis August 1998 stieg der Handel Nordkoreas mit den USA deutlich an und erreichte ein Volumen von 4,04 Mio. US\$ (gleicher Zeitraum 1997: 2,4 Mio. US\$). Die Zahlen wurden von der KOTRA vorgelegt. Amerikanische Ausfuhren bestanden ausschließlich aus Getreide, vor allem Reis; andere Handels-güter wurden nicht genannt (KH, 26.12.98).

Der nordkoreanische Handel mit China sank im Zeitraum Januar bis August 1998 um 35,8% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1997. Grund für den Rückgang waren die schweren Überschwemmungen in China; der große nördliche Nachbar war 1997/98 Nordkoreas größter Handelspartner mit einem Anteil von 30,1% (656 Mio. US\$) am gesamten nordkoreanischen Außenhandel (KH, 26.12.98). China hat jedoch zu „Freundschaftspreisen“ 100.000 t Getreide und 20.000 t Düngemittel geliefert und wollte bis Ende 1998 noch 80.000 t Rohöl bereitstellen (VP, 11/98: 25).

Die Wirtschaftskontakte zwischen Rußland und Nordkorea begannen sich 1998 allmählich wieder zu normalisieren, nachdem die Beziehungen seit der diplomatischen Anerkennung Südkoreas durch die Sowjetunion 1990 jahrelang eisig gewesen

waren. Nach russischen Meldungen soll in den Bereichen Elektrizität, Transport und medizinische Dienste die Zusammenarbeit verstärkt werden; am 7. Juli unterzeichneten beide Länder ein Protokoll über die Zusammenarbeit im Transportsektor (Radio Moskau, 21.7.99, in: *VP*, 8/99: 46). Zum letzteren Bereich könnten fünf ausgemusterte Militärhubschrauber gehören, die von Rußland an Nordkorea geliefert werden sollten. Russische (!) Zollbeamte hatten den Transport an der Grenze gestoppt, da die Hubschrauber keine gültigen Ausfuhrpapiere hatten, obwohl die Lieferung angeblich vom russischen Verteidigungsministerium angeordnet worden war (*VP*, 10/98: 48).

Die Entwicklung der Wirtschaftszone (WSZ) Rajin-Sonbong am Tumen-Delta kommt nicht voran, ausländische Investoren zögern. Für Ende 1999 hatte die nordkoreanische Regierung die Verabschiedung von drei Gesetzen angekündigt, die weitere WSZ, wahrscheinlich in Wonsan und Nampo, ermöglichen sollen. Hier sollen industrielle Vorprodukte abgabenfrei eingeführt werden dürfen, die dann zu Exportgütern weiterverarbeitet werden sollen (*KH*, 3.8.98). Für Investitionen in der WSZ Rajin-Sonbong sucht Nordkorea ausländische Kredite in Höhe von 960 Mio. US\$; die Mittel sind für 117 geplante Projekte bestimmt, darunter ein Halbleiterwerk im Wert von 204,65 Mio. US\$. Die nordkoreanische Regierung hat entsprechende Pläne bei der UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) eingereicht (*KH*, 28.7.98). Nordkorea unternimmt Anstrengungen, die Infrastruktur der WSZ deutlich zu verbessern; so wurden nach Meldungen aus Pyonyang einige Wasserreservoirs, ein Hubschrauberlandeplatz, Telekommunikationseinrichtungen, Energieanlagen und Transformatoren gebaut (*KCNA*, 24.11.98).

### 3 Landwirtschaft

Nach Angaben des UNDP (United Nations Development Program) benötigt Nordkorea auch 1998/99 internationale Hilfe für seine Landwirtschaft, damit die Ernteerträge wieder die Höhe der frühen 90er Jahre erreichen. Die gesamte Ernte 1998 wurde vom UNDP auf 3 Mio. t geschätzt, d.h. nur etwa zwei Drittel der unbedingt benötigten Menge (*KH*, 28.10.98). Die südkoreanische Regierung geht 1998 von einer Gesamternte in Höhe von 3,89 Mio. t aus, das wären 1,60 Mio. t weniger als in 1999 benötigt wird (*KH*, 24.12.98). Die Zahlen der FAO und des Welternährungsprogramms (WFP) liegen höher: Dort geht man von einer Gesamtproduktion von 4,3 Mio. t aus, das wäre eine Steigerung um 600.000 t dank normaler Wetterverhältnisse 1998. Dennoch bleibt die Ernährungslage kritisch, da ausländische Nahrungsmittellieferungen unsicher sind; so hat Japan nach dem Überflug einer nordkoreanischen Rakete (Taepodong 1) am 31. August alle Nahrungsmittellieferungen ausgesetzt (*VP*, 10/98: 48). Im August meldeten die nordkoreanischen Medien allerdings schwere Schäden durch heftige Regenfälle. Radio Pyonyang gab an, daß 128.927 ha Ackerland überschwemmt seien, 10.000 Häuser seien zerstört worden, auf manchen Anbauflächen werde die Ernte um 60% zurückgehen (*VP*, 9/98: 25).

Es gibt aber offenbar noch Agrarprodukte, die in Nordkorea kommerziell und mit Gewinn erzeugt werden können: Zum ersten Mal in der Geschichte der beiden koreanischen Staaten hat ein südkoreanisches Unternehmen in größerem Umfang Tabakblätter aus dem Norden bezogen. Die staatliche Monopolgesellschaft Tobacco & Ginseng Corp (KT&G) erhielt 229 t Tabakblätter im Wert von ca. 370.000 US\$; die Anlieferung erfolgte direkt nach Inchon. Insgesamt wird KT&G 702 t Tabak aus dem Norden beziehen; die Lieferungen haben einen Gesamtwert von 1,12 Mio. US\$ (KH, 30.12.98).

Seit mehreren Jahren hat die südkoreanische Seite versucht, dem Norden Agrarhilfe zu leisten. So flossen zwischen 1995 und 1998 insgesamt 306 Mio. US\$ an Landwirtschaftshilfe nach Nordkorea. Davon waren 273,42 Mio. US\$ staatliche Hilfen, 32,85 Mio. US\$ kamen aus privaten Leistungen zusammen. Am 16. Juni 1998 übergab der Hyundai-Gründer Chung Ju-yung persönlich der nordkoreanischen Regierung 500 Rinder, die bei P'anmunjôm über die Grenze gebracht worden waren (KH, 17.6.98). Bei einem weiteren Besuch im Oktober brachte Chung weitere 500 Rinder in den Norden. Am 30. Oktober traf er mit Kim Jong-il zusammen und diskutierte das Kumgang-Tourismusprojekt. 1998 lieferte die südkoreanische Regierung für 11 Mio. US\$ Mais und Mehl in den Norden, private Leistungen erreichten 1998 10,56 Mio. US\$, vor allem Düngemittel, Mais, Mehl und Vieh (d.h. die 500 Rinder des Hyundai-Gründers) (KH, 22.10.98).

#### 4 Verarbeitende Industrie

Nach Schätzungen der KOTRA lag die Auslastungsrate der nordkoreanischen Industrieunternehmen bei nur 20% der Kapazität, da die nötigen Energielieferungen fehlten (KH, 21.10.98). Trotz aller Schwierigkeiten im beiderseitigen Verhältnis bereiten sich südkoreanische Unternehmen intensiv darauf vor, weiterhin im Norden zu investieren. Die Kontakte zwischen einzelnen Unternehmen und nordkoreanischen Partnern weiteten sich 1998 deutlich aus; insgesamt 5.991 Personen, meist Unternehmer, in 4.426 Einzelfällen beantragten die Erlaubnis zum Kontakt mit nordkoreanischen Partnern (KH, 5.12.98). Den Anfang machte die Hyundai-Gruppe, die im Januar ein eigenständiges Gruppenunternehmen gründete, das alle Aktivitäten von Hyundai in Nordkorea koordinieren soll, darunter auch die Reisen zum Kumgang-Gebirge (s.o.). Hauptaufgabe des neuen Unternehmens ist der Ausbau der touristischen Einrichtungen auf dem Kumgang und die Entwicklung einer Industriezone im nordwestlichen Teil Nordkoreas, wo Hyundai bereits leichtindustrielle Güter fertigen läßt (KH, 7.12.98). Die Hyundai-Gruppe will nicht nur Fertigungsanlagen errichten, sondern auch komplette Wohnsiedlungen für die Arbeiter. Vorbild für das Projekt sind die chinesischen Wirtschaftssonderzonen. Als Standort ist die „Westmeer“-Küste vorgesehen; die geplante Fläche soll 66 Mio. m<sup>2</sup> umfassen (KH, 18.11., 18.12.98). Bei diesen großangelegten Vorhaben rechnet Hyundai auf die Kooperation mit anderen südkoreanischen Gruppen. Neben diesen Plänen will

Hyundai auch 500 nordkoreanische Arbeitskräfte anwerben, die auf den Ölprojekten der Gruppe, vor allem in Turkmenistan, eingesetzt werden sollen; die Hyundai Engineering and Construction baut dort eine Raffinerie. Auch für Bauprojekte in Libyen sollen Arbeiter aus Nordkorea angeworben werden (KH, 5.11.98). Die Hyundai-Gruppe soll auch Vorrechte bei der Erschließung von Ölvorkommen im Norden erhalten; diese Zusage gab Kim Jong-il persönlich dem Hyundai-Gründer Chung Juyung und seinem Sohn, dem jetzigen Hyundai-Präsidenten, Chung Mong-hun (KH, 3.11.98).

Angeregt durch Hyundai, hat auch Samsung einen langfristigen Plan zum Ausbau der Aktivitäten in Nordkorea vorgelegt: Bis 2008 will Samsung einen Komplex zur Fertigung elektronischer Erzeugnisse im Norden errichten; die Investitionen sollen eine Milliarde US-Dollar in den kommenden zehn Jahren erreichen. Der Komplex soll entweder in Haeju, nahe der entmilitarisierten Zone, oder in Nampo am „Westmeer“ entstehen. Der erste Bauabschnitt, in dem elektronische Geräte vor allem für den südkoreanischen Markt hergestellt werden sollen, soll 2002 fertiggestellt sein. In der abschließenden Phase sollen in dem Komplex ca. 30.000 Arbeitskräfte beschäftigt werden. Samsung baut auf seine bestehenden Kontakte zu Nordkorea (processing on commission) (KH, 11.11.98). Alle Pläne sind unter dem Vorbehalt eines „stabilen“ politischen Klimas zwischen den beiden koreanischen Staaten zu sehen; gegenwärtig (Juli 1999) haben die Spannungen wieder zugenommen.

Nicht nur südkoreanische Großunternehmen beginnen den nördlichen Nachbarn zu entdecken, auch Klein- und Mittelbetriebe wollen ins Geschäft. Im Dezember 1998 besuchte eine Delegation der Korea Federation of Small Business (KFSB) den Norden; der Verband sieht vor allem Chancen bei Agrarchemikalien, Feuerzeugen, Kunsthandwerk, Füllfederhaltern und Elektrodrähten. Die Organisation der südkoreanischen Feuerzeughersteller in der KFSB wollen gemeinsam mit dem Norden gegen die chinesische Konkurrenz arbeiten. Auch andere Sektoren der KFSB zielen auf Kooperation. Von 1999 an soll das Volumen der Kooperation von KFSB mit nordkoreanischen Partnern 100 Mio. US\$ im Jahr erreichen. Zusammen mit der Hyundai-Gruppe soll ein Industrieareal in Haeju (Provinz Hwanghae) erworben werden (KH, 22.12.98).

## 5 Energie

Noch immer versucht die nordkoreanische Führung, die chronische Knappheit an elektrischer Energie durch den Bau kleiner Energieanlagen zu bekämpfen: Im Juli 1998 wurden 830 kleine und mittelgroße Kraftwerke errichtet; damit stieg die Gesamtzahl dieser Kleinkraftwerke auf 1.470, darunter 784 Anlagen, die mit alternativen Treibstoffen betrieben werden (Dampf, Wasser), sowie 506 Anlagen, die mit „anderen“ Treibstoffen laufen, z.B. mit Windkraft (KCNA, 23.7.98). Wie widersprüchlich und unzuverlässig solche Angaben sind, ergibt sich aus völlig abweichenden Zahlen, die der nordkoreanische Rundfunk im September nannte; danach wurden

ca. 4.080 kleine und mittlere Kraftwerke gebaut, davon 2.090 Wasserkraftwerke und 1.200 Dampfkraftwerke, die „mit anderen Materialien als Kohle und Öl betrieben werden“ (VP, 10/98: 27). Die südkoreanische KEPCO (Korea Electric Power Corp.) soll angeblich nahe Pyongyang ein thermisches Kraftwerk mit einer Leistung von 100 MW errichten; Kim Jong-il persönlich soll diesen Plan über den Hyundai-Gründer Chung Ju-yung an KEPCO herangetragen haben. Darüber hinaus gibt es Pläne, die Stadt Haeju, wo eine WSZ entstehen soll, vom Süden aus mit Strom zu versorgen; hier arbeitet KEPCO an einer Durchführbarkeitsstudie (Yonhap, engl., 2.4.99, in: SWB: 3.4.99).

Südkorea plant, einen Teil der Kosten für die Aktivitäten der Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO, siehe dazu den Beitrag von Harnisch in diesem Jahrbuch) durch eigene Strompreiserhöhungen zu finanzieren; gedacht ist an Preissteigerungen von 2 bis 4%. Südkorea soll 3,2 Mrd. US\$ der Gesamtkosten von zwei Leichtwasserreaktoren in Höhe von 4,6 Mrd. US\$ tragen (KH, 3.12.98). Höhere Strompreise werden die Kosten in geschätzter Höhe von 500 Mrd. Won nicht abdecken können; die südkoreanische Regierung will die restlichen Kosten aus Dividendenzahlungen der KEPCO bestreiten.